

Wie hältst du's mit den Deutschen?

VON JOSEF JOFFE

Das Gezerre und Gewühle auf dem Weg nach Maastricht ist auch für den überdurchschnittlich intelligenten Euro-Fan schwer zu durchschauen. Zwar wird dieser Gipfel mit traditionsgemäßem Trara als „schicksalhaft“ apostrophiert, zwar drohten Kohl und Mitterrand im Duett mit dem „Niedergang der EG“ im Falle des Scheiterns, aber wer was wirklich will, ist noch schwieriger zu ergründen als das Kleingedruckte bei der EG-Milchmarktordnung.

Anachronismus Souveränität

Das gängige Bild sieht etwa so aus: Frankreich und Deutschland wollen stürmischen Schrittes zum Bundesstaat Europa vorstoßen, mitsamt einer gemeinsamen Außen-, Finanz- und Militärpolitik. Daran hindert sie nur das skurrile, insulare England – sozusagen ein trojanischer Löwe innerhalb der Euro-Zinnen von Brüssel – das sich von seinen anachronistischen Souveränitätsträumen nicht lösen will. Ein realistischeres Bild müßte freilich anders gezeichnet werden. Es geht um die Frage, was denn mehr Gewicht habe: nationale Interessen oder übernationale Institutionen.

Bei der Antwort sind sich die klassischen Gegenspieler England und Frankreich ironischerweise durchaus einig: „Mitgefangen, mitgehangen“ – also Institutionen, nicht Interessen, spielen die Hauptrolle. Steht erst die politische Union oder die Euro-Bank, dann wird allein schon deren Existenz dafür sorgen, daß die verschiedenen Interessen der Zwölf aus- oder gar niedergebügelt werden. Nur: Genau aus diesem Grund fürchtet London, was Paris anscheinend so inbrünstig wünscht: ein bundesstaatliches Europa, wo die vielen zum Schluß die wenigen überstimmen – und zwar in allen Fragen, die sich um den harten Kern der Souveränität ranken: Finanz- und Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik.

Gewiß, die Briten wännen noch Souveränität (im Sinne von Autonomie), wo es diese nicht mehr gibt. Inzwischen ist dem britischen Pfund das gleiche Schicksal beschieden, wie dem Franc, der Lira und dem Gulden: Sie alle sind Teil eines Defacto-D-Mark-Blocks, in dem die wichtigsten Vorgaben von Frankfurt aus bestimmt werden. Wenn die Deutschen ihre Zinsen hochjagen, um so die Einheit per Kapitalimport zu finanzieren und zugleich die Inflation niederzuhalten, müssen die anderen mitziehen – ob sie wollen oder nicht.

Aber genau hier schält sich die (unausgesprochene) Gretchenfrage aller europäischen Politik heraus – und nicht zum erstenmal in der Geschichte: „Wie halten wir es mit den Deutschen?“ Die Diagnose ist jenseits von Rhein und Oder überall die gleiche: Von den Fesseln der Nach-

kriegszeit befreit, ist Deutschland – kein Mensch sagt mehr „Bundesrepublik“ – kraft Demographie, Wirtschaft und Geographie die stärkste Macht in Europa. Gekoppelt wird diese Tatsachenbeschreibung mit bangen Fragen: Werden sich die Deutschen von Westeuropa ab- und Osteuropa zuwenden? Oder: Wollen sie „Europa“ nur, um es dergestalt besser beherrschen zu können?

Austariertes Europa

Frankreichs Antwort auf diese Herausforderung könnte klarer nicht sein. „Wir sind mit der Notwendigkeit konfrontiert“, verkündet Ministerpräsidentin Edith Cresson, „ein austariertes Europa zu bauen, in dem Frankreich so stark ist wie Deutschland.“ Da Frankreich aber weiß, daß es diese Kraft nicht besitzt, geht Paris nach der Devise eines angeschlagenen Boxers vor: den Rivalen fest in den Clinch nehmen, auf daß er weder ausschlagen noch ausbrechen könne. Deshalb das gemeinsame „Corps“, deshalb die demonstrativen Schulterenschlüsse mit Kohl, deshalb der sehnliche Wunsch nach Euro-Institutionen, in denen notfalls auch Bonn majorisiert werden kann.

Die Engländer – obwohl eine selbstbewußtere Nation – teilen das Ziel, aber nicht den Weg. Sie denken nicht an Boxer, sondern Balancen – an Verbreiterung, nicht an Verdichtung. Sie wissen, daß nach dem Zerfall der Sowjetunion nur *ein* Gewicht von Belang ist, und das sind die USA. In zweiter Linie haben sie „Gesamteuropa“ im Visier – ein Europa mit vielen Partnern und Kombinationen, in dem nicht alle nach der deutsch-französischen Pfeife tanzen würden.

Und die Deutschen? Einst nach der Devise „Viel Feind, viel Ehr“ handelnd, wollen sie es heute allen recht machen. Mit den Franzosen wollen sie das gemeinsame „Corps“, mit Engländern, Italienern und Holländern die atlantische Rückversicherung. Mit Paris wollen sie „Vertiefung“, mit den Engländern und den Nachbarn im Osten die „Verbreiterung“. Den Franzosen versprechen sie, die Währungsunion zu forcieren – den Engländern, den Langsamgang einzuschalten. Vor zwei Wochen hat Kanzler Kohl im Blick auf Maastricht noch gedroht: Keine Währungsunion ohne politische Union – und das heißt auch mehr Rechte für ein Europa-Parlament, das bislang eher wie eine Schüler-Mitverwaltung funktioniert. Inzwischen aber hat er begriffen, daß Europa nicht mit Drohungen erbaut werden kann. Bevor die Institutionen aufgezogen werden, müssen die Interessen zusammengeschrirt werden.

Kein großer Wurf

Also zeigt sich Kohl klugerweise kompromißbereit. Es reiche ihm, wenn Maas-

tricht einen „unumkehrbaren Prozeß“ in Richtung Wirtschafts- und politische Union in Gang setzen würde. Prinzipielle Einigkeit über das Ziel müsse her, über die Einzelheiten werde man sich später verständigen. Ein „großer Wurf“ ist das nicht, und die Manöver auf dem Weg zum Gipfel sind ebenso verworren wie verwirrend. Aber anders als im mühsamen Interessenausgleich, also per „faulen“ Kompromiß, wird es nicht gehen. Das mußte die deutsche Außenpolitik im Falle Jugoslawiens erkennen. Zwar hat Bonn versucht, die EG-Politik zu „germanisieren“, also alle anderen in die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens zu treiben. Aber dann haben die Bonner erkannt, daß Rest-Europa nicht am deutschen Wesen zu genesen dachte – und wohlweislich eine langsamere Gangart eingeschlagen: auf dem Weg der Überzeugung, nicht der Überrumpelung.

Fazit: Europa war und bleibt ein frustrierendes Geschäft, aber gerade wer Politik im Verbund machen möchte, muß seinen Willen an der Wirklichkeit ausrichten. Zumal eine Realität läßt sich nicht wegwünschen: Das „größere Deutschland“ ist niemandem ganz geheuer; einbinden wollen es die einen, austarieren die anderen. Derlei als Handicap oder als schnödes Mißtrauen zu verstehen, wäre der falsche Schluß. Im Gegenteil: Gerade weil die Bundesrepublik die Gemeinschaftspolitik zum ungeschriebenen Auftrag ihrer Verfassung gemacht hat, ist sie in der Nachkriegszeit so gut gefahren.

Am Anfang hat sie so Vertrauen und Einfluß wiedergewinnen können. Und im Verlauf der Nachkriegsgeschichte hat sie im *Einklang* mit anderen ein großes Ziel nach dem anderen verwirklichen können: wirtschaftliche Blüte, Sicherheit, Ausgleich mit dem Osten, schließlich die Einheit, die anders als das Bismarck-Modell mit der Zustimmung aller Nachbarn errungen wurde. Umgekehrt folgt daraus: Alleingänge, egal wie verlockend, könnten genau wieder zum Europa der wechselnden Kombinationen und Koalitionen führen, das vor allem den Deutschen am meisten geschadet hat.

p d g